

FDP-Angriff auf sozialen Wohnungsbau abgeblockt

Die Förderung gemeinnütziger Wohnungen ist den Rechten zu teuer. Mit einer neuen Definition der Grundsätze fand die FDP im Gemeinderat jedoch keine Mehrheit.



Zu teuer: Die Unterstützung von Genossenschaftswohnungen soll laut der FDP überdacht werden.
Bild: Keystone

Der gemeinnützige Wohnungsbau kostet die Stadt nach Meinung von FDP und SVP zu viel Geld. Doch mit ihrem Vorstoss, die Unterstützung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus zurückzuschrauben, ist die FDP gestern Abend im Gemeinderat gescheitert. In einer Motion hatte die FDP-Fraktion gefordert, die Kostenmiete neu zu definieren und die Grundsätze zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus «von Grund auf» zu überarbeiten.

Nach Auffassung der Freisinnigen schreibt die Stadt jährlich zweistellige Millionenbeiträge ab, um Genossenschaften Bauland zur Verfügung zu stellen. Wenn sie das gleiche Land an Investoren verkaufen würde, könnte sie Gewinne erzielen, führte Marc Bourgeois aus. Dies seien Verluste zulasten des Steuerzahlers. Bei der Berechnung der Kostenmiete durch die Genossenschaften müsste diese staatliche Subvention nach Auffassung der FDP miteinbezogen werden.

Die Partei stört sich zudem daran, dass die Stadt gemeinnützige Wohnungen fördert, deren Belegung sie nicht kontrolliere. «Das mittlere steuerbare Einkommen von Genossenschaftsmietern ist sogar leicht höher als bei den übrigen Mietern in der Stadt», schreibt die FDP in ihrer Motion. Damit finanziere der durchschnittliche Steuerzahler Wohnungen für Menschen, denen es unter Umständen sogar besser gehe als ihm selbst. Bei höheren Einkommen sei der Mietpreis darum auch bei Genossenschaftswohnungen auf das quartierübliche Niveau zu erhöhen.

«Der FDP geht es um Gewinne»

Niklaus Scherr (AL) warf der FDP vor, mit ihrer Motion nicht klar zu sagen, was sie eigentlich wolle. Die Kostenmiete – also eine Miete, die keinen Gewinn abwirft, sondern sich an den Bau- und Unterhaltskosten einer Wohnung orientiert – sei klar definiert. Mit dem Vorstoss gehe es der FDP bloss darum, den gemeinnützigen Wohnungsbau grundsätzlich infrage zu stellen. «In Wahrheit kämpft die FDP um die Gewinne, die den Investoren entgehen, die Luxuswohnungen erstellen möchten», erklärte Andreas Kirstein von der AL.

Von Anita Merkt

Stichworte

[SVP](#)

[FDP](#)

[Gemeinderat Zürich](#)

[Daniel Leupi](#)

Artikel zum Thema

Zu viele günstige Wohnungen



Winterthur fehlen gute Steuerzahler, weil die Stadt vor allem Menschen anzieht, die wenig verdienen. Die Hauseigentümer haben einen Vorschlag, wie man das ändern könnte.

[Mehr...](#)

Von Anita Merkt 08.05.2014

Die teuerste Wohnung in Zürich-West

In Kürze ziehen die ersten Mieter ins Exklusivhochhaus Escher-Terrassen. Sie werden in einem halb leeren Haus wohnen. Auch die Attikawohnung für 12'735 Franken im Monat ist noch zu haben. [Mehr...](#)

Von Pascal Unternährer 21.03.2014

Wo Genosschafter wohnen

Eine digitale Karte zeigt alle gemeinnützigen Gebäude in der Stadt und im Kanton Zürich. Es sind erstaunlich viele Detaildaten erhältlich. [Mehr...](#)

10.04.2014

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

Der grüne Stadtrat Daniel Leupi stellte in Abrede, dass die Stadt jährlich zweistellige Millionenbeträge abschreibe. Die Subventionierung von Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen werde regelmässig in Volksabstimmungen gutgeheissen. Walter Angst von der AL warf der FDP vor, sie wolle mit dem Vorstoss Marktmieten einführen, habe aber nicht den Mut, das Volk darüber abstimmen zu lassen.

Pawel Silberring (SP) bestritt, dass die Mieter von Genossenschaftswohnungen über ein höheres Einkommen verfügten als die Mieter anderer Wohnungen. Eine Studie der Stadt habe gezeigt, dass bei den Genossenschaften Menschen mit geringem Einkommen übervertreten seien. Mit den Stimmen von CVP, Grünen, SP und AL wurde die Motion mit 66 zu 56 Stimmen zurückgewiesen.

(Tages-Anzeiger)

(Erstellt: 22.05.2014, 07:42 Uhr)